

Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 06. November 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0099

**Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0165 vom 18.09.2012
(gem. Antrag von CDU und SPD)**

Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne

Die Stadt Berlin führt zum 1. Januar 2013 in Kooperation mit der Duales System Deutschland GmbH (Grüner Punkt) eine einheitliche Wertstofftonne ein. In diese können neben den mit dem Grünen Punkt gekennzeichneten Verpackungen auch sogenannte „stoffgleiche Nichtverpackungen“ entsorgt werden.

Bislang dürfen recyclingfähige Materialien dieser Gruppe - beispielsweise Füllmaterialien für Pakete aus Kunststoff und Styropor, Gebrauchsgegenstände aus Plastik wie Schüsseln oder andere Haushaltsutensilien, Spielzeuge aus Kunststoff oder Metall - nicht über die Gelben Tonnen oder Säcke entsorgt werden. Sie enthalten zwar dieselben Materialien wie die Verpackungen mit dem Grünen Punkt, gehören aber wegen der fehlenden Kennzeichnungen mit dem Grünen Punkt in den Restmüll.

Mit einer einheitlichen Wertstofftonne könnte auch in Wiesbaden die Recyclingquote erhöht und überflüssiger Restmüll vermieden werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob auch in Wiesbaden eine einheitliche Wertstofftonne eingeführt und - neben den stoffgleichen Nichtverpackungen - noch weitere Wertstoffgruppen mit erfasst werden könnten.

Beschluss Nr. 0193

1. Der Bericht der ELW betr. Pilotprojekt Wertstofftonne vom 24.09.2012 wird zur Kenntnis genommen.
2. Es wird einvernehmlich festgestellt, dass durch die heute geführte Aussprache die Angelegenheit erledigt ist.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2012

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2012

Dezernat VII/ELW
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister